

Ressort Standpunkte

Erschienen am 10.05.2008 00:00

Die zerknirschten Zugreifer

Diäten | Ein wenig genießen sich die Abgeordneten – aber nicht genug, um zu verzichten

Von Cornelia Barthelme

Berlin – „Maßlos“, sagt Ernst Burgbacher. „Unverschämtheit“, sagt Dagmar Enkelmann. „Das ist Abzocke“, sagt Silke Stokar von Neuforn. Die Opposition ist einig wie selten in diesen großkoalitionären Zeiten. Von links bis liberal wählen sie Worte, als schäumten sie vor Zorn. Aber irgendwie fehlen die Ausrufezeichen.

Der Bundestag debattiert, in erster Lesung, die Erhöhung der Diäten. Es ist Freitagmittag, knapp vor eins, kurz vor dem Start ins Wochenende also. Keine Zeit, in der sich im Parlament und vor den Fernsehgeräten Zuhörer um freie Plätze prügeln. Mindestens die Regierenden haben genau das gewollt. Bloß kein Aufsehen erregen. Deshalb steht auf der Tagesordnung auch nur etwas vom „Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2008/2009“. Kein Mensch, der nicht Mitglied im Bundestag ist, würde dahinter eine Diskussion über höhere Diäten vermuten.

„Hineingeschmuggelt“

„Hineingeschmuggelt“, empört sich denn auch Hans-Christian Ströbele. Ursprünglich ging es allein darum, den Tarifabschluss für die Angestellten im Öffentlichen Dienst für die Beamten zu übernehmen. Dann fiel den Großkoalitionären ein, sie könnten doch, auf einen Schlag, auch gleich ihre Bezüge erhöhen. Schließlich haben sie die, endgültig im vergangenen Jahr, an ein Beamtengehalt gekoppelt. R 6/B 6. Das bekommen einfache Richter an Bundesgerichten, Oberbürgermeister und Landräte mittelgroßer Kommunen und Kreise.

An sich ist die Erhöhung also logisch. Sechs Prozent werden es werden. Allerdings hat sich der Bundestag im vergangenen November schon 9,4 Prozent genehmigt. „Politisch unklug und überflüssig“, schreibt deshalb nun die SPD-Abgeordnete Uta Zapf aus Hessen auf eine von Dutzenden Anfragen im Internetportal abgeordnetenwatch.de. Die Frager sind sich einig im Vorwurf der Raffgier. Unter den Parlamentariern gibt es Verteidiger und Ablehner. Letztere, man kann es nachlesen, glauben nicht, dass sie die am Ende 8159 Euro nicht verdienen würden. Sie fühlen sich nur unwohl. Als Reflex. So wie die Wähler, die Boulevard-Medien und der Bund für Steuerzahler grundsätzlich „Selbstbedienung“ brüllen, wenn es um die Abgeordnetengehälter geht. Selbst wenn die, wie vor Ende 2007, gut vier Jahre lang gar nicht erhöht wurden.

Reiz-Reaktions-Schema

In der Psychologie würde man von einem einfachen Reiz-Reaktions-Schema sprechen. Diät steigt – Volk schäumt – Parlament genießt sich. Ein wenig. Aktuell kann man das daran erkennen, dass die Tariferhöhung ein Jahr später gezahlt wird als für die Beamten. Das Volk, allerdings, besänftigt das gar nicht. Es ist, im Gegenteil, erst recht überzeugt, dass es nicht mit gerechten Dingen zugeht.

Und wahrscheinlich wäre ein Parlament auch tatsächlich billiger zu haben. Man weiß bloß nicht, was für eines. In der freien Wirtschaft würden sich Entscheider über ein Jahresgehalt von 97 908 Euro schlapp lachen. Erst recht würde keiner sagen, er könne „verstehen, dass sich die Leute ärgern“, so wie jetzt die SPD-Frontfrau Andrea Nahles. Man kann sich die Prügel auch bestellen.

Am Ende nehmen das Geld ohnehin alle. Es ist nicht bekannt, dass jemals ein Parlamentarier Gehalt zurücksandte. Auch keiner von denen, die besonders laut protestieren.

artikel merken

« Zurück



Drucken



Speichern



Versenden

Nach Oben ▲

Kommentare zum Artikel

Zu diesem Artikel sind keine Beiträge vorhanden.

Um Beiträge schreiben zu können, müssen Sie eingeloggt sein!



Leere Ränge: Manche Abgeordnete tun selbst so, als hätten sie ihr Gehalt nicht verdient. Foto: dpa
Bild:

Login/-out

Benutzername:

Passwort:

 Login über Cookie merken